

Ressort: Politik

Linke und Grüne: Merkels Einlenken bei Managergehältern überfällig

Berlin, 13.03.2013, 17:43 Uhr

GDN - Der von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angekündigte Gesetzesvorstoß für mehr Kontrolle von Managergehältern durch Aktionäre ruft bei Linkspartei und Grünen Kritik hervor. Die Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt bemängelte, dass sich bei der seit drei Jahren laufenden Debatte um überzogene Managergehälter unter Schwarz-Gelb nichts getan habe, berichtet die "Freie Presse".

"Unter dem Druck der öffentlichen Debatte kündigt die Merkel-Koalition nun eine minimale Korrektur an, springt dabei aber viel zu kurz." Göring-Eckardt fordert eine "echte, persönliche Haftung für Managergehälter" sowie eine Begrenzung der "steuerlichen Abzugsfähigkeit auf 500.000 Euro". Auch der Linke-Vorsitzende Bernd Riexinger verlangt eine allgemein gerechtere Lohnverteilung. "Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und ein Höchstlohngesetz für Manager", so Riexinger.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-9796/linke-und-gruene-merkels-einlenken-bei-managergehaeltern-ueberfaellig.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com